Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haben & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn monatlich 7.25 M. Einzelnummer 20 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.30 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zu Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 134 | Dresden, Montag den 14. Juni 1920 | 31. Jahrg.

Trimborn mit der Regierungsbildung beauftragt

Die Absage an Heinze

Berlin, 13. Juni. Der Reichspräsident hat heute vormittag 11 Uhr den Abgeordneten Dr. Heinze, den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, zu einer Besprechung empfangen und Herrn Dr. Heinze mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Abgeordneter Dr. Heinze hat diesen Auftrag angenommen.

Berlin, 13. Juni. Der Reichskanzler Müller und der Abgeordnete Löbe haben heute abend dem Abgeordneten Heinze offiziell mitgeteilt, daß die Mehrheitssozialdemokratie nicht in der Lage sei, sich an einer durch Zutritt der Deutschen Volkspartei erweiterten Koalition zu beteiligen.

Der Abgeordnete Heinze hat daraufhin den Auftrag zur Bildung eines Ministeriums in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt.

* * *

Jetzt ist also auch der zweite Versuch, der gemacht wurde, um eine Regierung mit tragfähiger Mehrheit zu bilden, gescheitert. Was dagegen spricht, daß sich die Sozialdemokratie in einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei beteiligt, ist hier schon wiederholt ausgeführt worden. Aber auch eine Wiederherstellung der alten Koalition, etwa mit Hilfe der Bayerischen Volkspartei, dürfte ausgeschlossen sein. Der sozialdemokratische Parteiausschuß, der gestern tagte, faßte folgende Entschließung:

„Reichstagsfraktion und Parteiausschuß der Sozialdemokratie beschäftigten sich am Sonntag in gemeinsamer Besprechung mit der Lage, die durch den Ausfall der Wahlen entstanden ist. Es wurde übereinstimmende Ueberzeugung festgestellt, daß für die Partei die Beteiligung an einer Regierung, welche Elemente der Rechtsparteien enthält, ausgeschlossen ist.

Nachdem die Unabhängigen es abgelehnt haben, sich an einer Regierung zu beteiligen, die den Schutz der Republik und die revolutionären Errungenschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten übernimmt, haben sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in der nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich ist.

Eine Fortsetzung der bisher betriebenen Koalitionspolitik mit Zentrum und Demokraten wird gegenwärtig als unmöglich betrachtet."

Wir halten es für selbstverständlich, daß die Partei nicht bereit ist, an einer Minderheitsregierung teilzunehmen, die nur existieren kann, solange sie von den Rechtsparteien geduldet wird. Eine solche Regierung könnte im besten Falle fortwursteln. Auf ein tatkräftiges Handeln in demokratisch-sozialistischem Sinne aber müßte sie verzichten. Ihr würde aber von einem Teil der Arbeiterschaft, wenn auch sehr mit Unrecht, die Schuld dafür gegeben werden, daß es nicht vorwärts geht.

Und nicht viel anders lägen die Dinge, wenn die Koalition durch Hinzunahme der Bayerischen Volkspartei erweitert würde. Dann wäre zwar eine kleine Mehrheit für die Regierung vorhanden, aber einmal wäre diese Mehrheit zu gering, und außerdem müßte man damit rechnen, daß die Bayerische Volkspartei für ihre Teilnahme an der Regierung einen Preis verlangt, den unsre Partei nicht zahlen kann. Ist doch in der Bayerischen Volkspartei der reaktionär-agrarische Einfluß wesentlich stärker als im Zentrum, und es fehlt das Gegengewicht, das im Zentrum die Arbeitervertreter abgeben. Also auch eine Regierungsbildung zusammen mit der Bayerischen Volkspartei wäre für unsre Partei ein gar sehr gefährliches Experiment.

Deshalb ist es verständlich, daß in den maßgebenden Kreisen unsrer Partei wenig Neigung besteht, auf einer derartig unsichern Grundlage an einer Regierungsbildung teilzunehmen. Was nun werden wird, ist völlig unklar. Einem Mitarbeiter der B. Z. gegenüber hat sich der der Deutschen Volkspartei angehörende Generaldirektor Voegler für ein wirtschaftliches Uebergangskabinett ausgesprochen. Der Gedanke eines solchen Wirtschaftskabinetts spukt ja schon seit einigen Tagen herum. Generaldirektor Voegler führt unter anderm aus:

„Die Vorschläge, die bisher für die Bildung des neuen Kabinetts gemacht worden sind, verraten die abstumpfenden Einflüsse der reinen Parteipolitik. Dadurch ist eine völlige Verwahrlosung des parlamentarischen Systems eingetreten. Nicht darüber hat man sich den Kopf zerbrochen, daß wir in den nächsten Wochen die schwerwiegenden Verhandlungen mit unsern Gegnern in Spa zu führen haben werden, daß die wirtschaftliche Krise überwunden werden muß, die Defizitwirtschaft beseitigt, eine Vereinfachung der Verwaltung eintreten, ein Abbau der Zwangswirtschaft eingeleitet, die Notenpresse stillgelegt und das Steuersystem vereinfacht werden muß, sondern die schwierigen Ueberlegungen der Parteimathematiker gehen dahin, ob die Parteien bei der jetzigen Konstellation günstig abschneiden. Ein peinlicher Anblick für jeden Wähler! Dieser Verwirrung muß man entgegentreten, die Forderung der Zeit ist nicht ein koaliertes Parteiministerium, sondern ein Kabinett des Wiederaufbaues. In der jetzigen Lage ist eine solche Parteiherrschaft unmöglich. Ein von einer festen Koalition freier Ministerpräsident wäre endlich wieder in der Lage, zu führen. Da könnten auch Oppositionsparteien in bestimmten Fällen mitarbeiten und zustimmen. Jedermann weiß, wir brauchen die Arbeiterschaft, wir brauchen die Landwirtschaft, wir brauchen die Intelligenz der Industrie, des Handels und Gewerbes, also macht ein Ministerium aus Arbeitern, Bauern, Fachleuten, ein Ministerium des Wiederaufbaues. Das wird das Volk begreifen und gutheißen."

Der Herr Generaldirektor Voegler hat gewiß insofern recht, als die Parteien sich nicht nur von ihren Parteiund Wahlinteressen leiten lassen dürfen, sondern vor allen Dingen jetzt bei der Regierungsbildung vermeiden müssen, ein Kabinett zu schaffen, das den in nächster Zeit zu lösenden schweren Aufgaben in möglichst hohem Maße gewachsen ist. Der sehnsuchtsvolle Ruf der Rechtsparteien, nach der Teilnahme der Sozialdemokraten an der Regierung scheint ja zu zeigen, daß man dort die Mitarbeit der Sozialdemokratie für dringend notwendig hält, wenn die Schwierigkeiten auch nur einigermaßen überwunden werden sollen, die dem deutschen Volke bevorstehen. Diese Erkenntnis kommt aber reichlich spät. Bei der Wahlagitation hat man so getan, als ob die Sozialdemokratie und die von ihr gestützte Regierung an allem schuld sei, was das deutsche Volk drückt. Deshalb hat die Sozialdemokratie jetzt das Recht, von den Kritikern zu verlangen, daß sie zeigen, wie es besser gemacht werden kann.

Was das von Herr Voegler so warm empfohlene Wirtschaftskabinett anbelangt, so muß man sich darüber klar sein, daß es in der Praxis auch weiter nichts wäre, wie ein aus Vertretern der politischen Parteien gebildetes Kabinett. Denn die Persönlichkeiten, die für eine solche Regierung in Betracht kommen, würden doch wohl fast alle einer politischen Partei angehören, die für ihr Tun und Lassen vor dem Volke die Verantwortung trägt, wenn sie das auch noch so oft feierlich ablehnt.

Herr Voegler dürfte es für wünschenswert halten, daß auch die freien Gewerkschaften an einem solchen Wirtschaftskabinett teilnehmen. Aber die führenden Persönlichkeiten dieser Gewerkschaften sind alle auch Mitglieder unsrer Partei und könnten an einer Regierung nur teilnehmen, wenn sie dazu ausdrücklich die Zustimmung unsrer Parteiinstanzen hätten, und dieselben Gründe, die dagegen sprechen, daß Müller und Bauer zusammen mit Stresemann eine Regierung bilden, sprechen natürlich auch dagegen, daß Legien zusammen mit Herrn Stinnes in eine Regierung eintritt. Nehmen aber die Gewerkschaften nicht an der Wirtschaftsregierung teil, so wäre diese eine reine Unternehmerregierung, die sich praktisch kaum von einer reinbürgerlichen Regierung unterschiede, die von vornherein als Beauftragte der bürgerlichen Parteien des Reichstags auftritt.

Dazu kommt noch, daß ja auch innerhalb des Unternehmertums verschiedene Strömungen vorhanden sind, die nicht leicht unter einen Hut zu bringen sein werden. Es gibt auch unter den Unternehmern heute Kreise, die eine planmäßige Organisation unsrer Volkswirtschaft für notwendig halten, wie zum Beispiel Walther Rathenau, denen stehen aber andre gegenüber, deren Ideal die Rückkehr zur freien Wirtschaft der Vorkriegszeit ist. Es dürfte daher sehr fraglich sein, ob überhaupt die Bildung eines solchen Wirtschaftskabinetts möglich ist, und das ist nur zu begreiflich! Denn die Gegensätze zwischen den Parteien, die jetzt die Bildung einer Regierung so erschweren, sind in erster Reihe wirtschaftlicher Natur, und diese Gegensätze würden sich wahrscheinlich in dem gleichen oder noch höherem Maße bei Bildung eines Wirtschaftskabinetts bemerkbar machen. Also auf diese Weise dürfte die gegenwärtige Krise nicht zu lösen sein.

Wahrscheinlich wird jetzt der Reichspräsident Herrn Trimborn damit beauftragen, ein Kabinett zu bilden. Am Montag und Dienstag finden Fraktionssitzungen des Zentrums und der Demokraten statt, von deren Beratungen es abhängen wird, ob Herr Trimborn mit einiger Aussicht auf Erfolg den Versuch machen kann, eine rein bürgerliche Regierung zu bilden. Eine solche Regierung wäre nur möglich, wenn die Demokraten sich entweder daran beteiligen oder doch zusagen, daß sie die Regierung stillschweigend dulden und nicht versuchen werden, sie zu stürzen. Besonders dann, wenn die Demokraten nicht von vornherein mitmachen, stände eine solche reinbürgerliche Regierung auf schwachen Füßen.

Die gegenwärtige Krise ist natürlich ein Unglück für das deutsche Volk. Die Not der Zeit erheischt eine starke, aktionsfähige Regierung, die, gestützt auf eine tragfähige Mehrheit im Parlament, imstande wäre, mit aller Kraft am Wiederaufbau unsres Landes zu arbeiten. Schuld daran, daß eine solche Regierung nicht gebildet werden kann, sind die Leute von der U. S. P. Der Schaden, den sie durch ihre unverständige Politik dem deutschen Volke und der deutschen Arbeiterschaft zufügen, ist unabsehbar. Man kann sich darüber nur mit der Hoffnung trösten, daß jetzt so manchem, der bisher auf die U. S. P. schwor, die Augen geöffnet werden. Viele, die bei den Wahlen der U. S. P. ihre Stimme gaben, dürften jetzt einsehen, daß dem deutschen Proletariat nicht mit Vertretern gedient ist, die es aus doktrinärer Verbohrtheit ablehnen, die ihnen bei den Wahlen verliehene Macht auch wirklich zum Heile und Nutzen der deutschen Arbeiterklasse zu gebrauchen.

Albanesischer Aufstand

Eigene Drahtmeldung

Rom, 14. Juni. Der Anfang Mai nach Beginn der Räumung von Südalbanien ausgebrochene Aufstand hat die ganze Provinz Valina ergriffen. Die Rebellen beschießen Valona mit Artillerie und versuchen die Stadt zu stürmen. Ein italienischer General ist gefangengenommen worden. Der Angriff wurde abgewiesen, doch mußten mehrere Städte geräumt werden. In Triest und Bari kam es, um die Abfahrt von Verstärkungen zu verhindern, zu schweren Tumulten.

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 14. Juni. Amtlich wird gemeldet: Der Reichspräsident hatte heute vormittag mit dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Geheimen Rat Dr. Trimborn, eine längere Besprechung, in deren Verlauf Dr. Trimborn die große Schwierigkeit der Bildung eines neuen Kabinetts betonte. Der Reichspräsident ersuchte Herrn Trimborn unter Hinweis auf den Ernst der Situation gleichwohl, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Dr. Trimborn nahm diesen Auftrag an.

Die Unabhängigkeit der Presse

I

Die Vertreter des Kapitals verstehen sich besser auf die Zeichen der Zeit als wir. Wir haben „die freieste Demokratie der Welt" und eine unvergleichliche „Freiheit der Presse" darin. Der Kapitalismus hat von Michaelis gelernt und benutzt diese Freiheit — „wie er sie auffaßt". Denn es gibt manche Auffassungen hiervon. Eine Auffassung lautet: Männer, die das Vertrauen ihrer Leser, das Vertrauen eines tragfähigen Volksteiles haben und das Pressehandwerk verstehen, sollen das ungeheuer verantwortungsvolle Amt übernehmen, die öffentliche Meinung zu formulieren, auf Bildung und Stimmung des Volkes einzuwirken, und zwar frei von dem Druck und Zwang irgendwelcher Geldmächte. Frei so lange, bis sie das Vertrauen ihrer Leser verlieren. Die andre Auffassung: mir gibt die Verfassung das „Recht", zu kaufen, was ich bezahlen kann, Papierfabriken, Zeitungsdruckereien, Verlagsgeschäfte, Lohnschreiber, Korrespondenten, Telegraphenverbindungen. Hier sind acht Millionen — ich kaufe mir zwei Zeitungen. Hier ist mein Programm — und nun, meine Herren „Redakteure", an die Arbeit! Sie denken anders? Wer nicht pariert, der fliegt hinaus! Ersatz ist leicht zu haben, hinter Ihnen stehen hundert Anwärter! Das Blatt hat eine freisinnige „Ueberlieferung"? Geht mich nichts an. Ich mache die neue Ueberlieferung. Ich habe die verbriefte Freiheit dazu. Die „öffentliche Meinung" wird widersprechen? Wer ist die öffentliche Meinung? Ich! Die Abonnenten werden fressen, was ich ihnen vorsetze, verlassen Sie sich drauf. Konkurrenz fürchte ich nicht — ich kaufe sie.

Das ist die Freiheit, wie Stinnes sie auffaßt! Die Freiheit, wie Machtgier und Profitgier sie herrichten. Ein Mann, zwei, drei, zusammen die Herren über viele Millionen Mark, kaufen sich die Freiheit, um mit Hilfe bezahlter armseliger Federschelme die Gesamtheit des Volkes täglich durch Millionen von gedruckten Entstellungen, Verdrehungen, Hetzaufsätzen, Angstschreien, Drohungen und Beschimpfungen ihrem Willen gefügig zu machen. — Die Freiheit der hinausgeworfenen Redakteure und der Millionen freiheitlich, sozialdemokratisch, sozialistisch Denkender besteht darin, daß sie die alte zugerichtete Presse abonnieren dürfen. Nein, sie müssen sie abonnieren und lesen, denn die Blätter, die sie geistig nicht vergewaltigen, diese armseligen Reste von Zeitungen können ihnen aus Geldmangel nicht die Hälfte von Inseraten, Aufsätzen, Nachrichten, Neuigkeiten, Romanen, Beilagen, Bildern usw. bringen, deren der Zeitungsleser einmal nicht entbehren kann oder will. Bald genug wird sich der kommende Zeitungstrust die „Freiheit" nehmen, die Papierfabriken zu kaufen und widerstrebenden Zeitungen den Papierbezug zu sperren. Das ist die Lage: die Freiheit dreier unersättlicher Kapitalraffer gegen und über die Freiheit des geistigen und des demokratischen deutschen Volkes, das Millionen von Menschen umfaßt! So herrlichen Zeiten führt uns Herr Stinnes entgegen.

Der Vorwärts hat dawider ein glänzendes Kampfmittel. Auch wir brachten seinen Artikel in der Freitagnummer; er prangert schneidig und entrüstet die „Stinnektierung der Presse" an. Wollen wir uns damit begnügen? Vergessen wir nicht: das deutsche Volk wäre reif für die Voll-Stinnektierung, reifer als für die Demokratie, wenn es dem Halsabschneider der freien Presse nur mit Klagen und Protest entgegenzutreten wüßte, nachdem die Teil-Stinnektierung schon den halben Pressewald errafft hat — die sozialgesinnten freiheitlich-demokratischen und sozialistischen Blätter stehen ja heute schon wie einsame Buchen im dunklen Tann der gekauften Presse. Die Zeit zu Taten ist gekommen. Wir müssen den Kampf, der uns in aller Heimlichkeit aufgedrängt wird, mit allem Nachdruck führen, und hier hilft einmal sicher nicht das Mundspitzen zu aufregenden Tiraden, sondern hier muß gepfiffen werden zu praktischer gesetzgeberischer Arbeit.

Welche Wege stehen offen? Die ärgste Frechheit: privatkapitalistischer Aufkauf der Papiererzeugung, ist verhältnismäßig leicht zu beheben. Und zwar durch Verstaatlichung der Papierfabriken oder Vertrustung der Papiererzeugung unter staatlicher Aufsicht, eine Behandlung des Papiers nach dem Muster des Vorschlags der Sozialisierungskommission von 1919 für Kohle. Der Verfasser dieser Zeilen ist sonst kein Freund von Verstaatlichungen, am wenigsten von einzelnen. Aber hier würde der Zweck das Mittel rechtfertigen, zumal Papierfabrikation kein schlechter oder wirtschaftlich bedenklicher Industriezweig ist. Klar muß man sich nur bleiben, daß diese ganze Verstaatlichung in politischer Hinsicht nichts weiter wäre als eine Vorsichtsmaßnahme: die Gesamtheit schützt sich gegen die Androhung des geistigen Terrors. Der Machtspruch eines Stinnes-Trusts tut diese Maßnahme allein noch kaum Ab-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200614/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG